



Frage 1: Allgemeine Auftaktfrage

*Schüler*innen und Eltern sollten Sie zur Oberbürgermeister*in, weil ...?*

.. ich für ein neues Miteinander stehe, damit wir Neues miteinander schaffen können! Dabei habe ich die ganze Stadt im Blick! **Dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, ein selbstbestimmtes und freies Leben zu führen – das treibt mich an. Als Oberbürgermeisterin in Lüneburg möchte ich hierzu mit den Menschen vor Ort auf Augenhöhe ins Gespräch kommen.** Einen Ausgleich zu schaffen ist wesentlich für ein gutes Zusammenleben aller Menschen in der Stadt: zwischen Alt und Jung, zwischen Neulüneburger*innen und Altlüneburger*innen, zwischen dem Wachstum der Stadt und dem Erhalt des Lüneburg-Charmes. Diesen Ausgleich schaffen wir, indem wir gemeinsam **für ein sozial gerechtes und ökologisch nachhaltiges Lüneburg** um die richtigen Lösungen ringen. Mein Leitgedanke dabei ist: **Vom Schwächsten her denken und Teilhabe für alle ermöglichen**, egal wo sie herkommen, wie sie aussehen und wen sie lieben. Unterschiedliche Perspektiven zusammenführen und verantwortlich Entscheidungen treffen – darauf können die Lüneburger*innen sich verlassen, wenn ich Oberbürgermeisterin bin. Die Menschen in Lüneburg können sich darauf verlassen, dass ich fair und auf Augenhöhe mit allen Menschen rede und diesen zuhöre, dass ich bereit bin um eine Sache zu streiten und konstruktive Kritik als Motor sehe, um gemeinsam voranzugehen. Ich kann Ideen zusammenbringen und im Zusammenwirken gute Lösungen für komplexe Themen erarbeiten. Ich weiß um das Potenzial unserer Stadt, um die Menschen, die hier leben, die sich einsetzen für die Stadt, für ihre Quartiere, für ihre Schule, für gute Bildung, Klimaschutz usw. Egal wie vertrackt eine Situation scheint, wie kritisch und konfliktreich sie ist, ich gehe mit allen Menschen ins Gespräch und nehme ihre Kritik ernst. Ich stehe für Fairness, für einen offenen Umgang miteinander und ich kann mit Krisen umgehen. Das habe ich in der Vergangenheit gezeigt. Ich stehe vor den Menschen, für die ich Verantwortung übernehme. Ich stehe für ein gutes Klima im Miteinander, damit der anstehende sozial-ökologische Wandel für alle von allen getragen wird, insbesondere der Klimaschutz. Vor allem verfüge ich über viel Erfahrung in der Führung des größten Dezernates in der Stadt mit 700 Mitarbeiter*innen und mit den konfliktreichsten Themen mit hoher Verantwortung wie Bildung, Kinderschutz, Unterbringung von Geflüchteten, Aufsichtsratsvorsitz Gesundheitsholding usw. Als Sozialarbeiterin und systemisch ausgebildete Sozialmanagerin kann ich zudem die richtigen Impulse setzen, Menschen mitnehmen und die Stadtentwicklung gemeinsam mit der Politik und Stadtgesellschaft voranbringen und das Ganze als parteilose Kandidatin der SPD mit einer breiten politischen Unterstützung. Ich kenne die Stadt, ich kenne die Menschen und ich bin leidenschaftlich für Lüneburg im Einsatz – mit Herz, Verstand und Kompetenz!

Frage 3: Digitalisierung und IT-Koordination

Im Rahmen der Digitalisierung benötigen Schulen fachliche Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur. Landkreis und Stadt haben hierfür Stellen ausgeschrieben, die bisher aber nicht alle besetzt werden konnten. (Dies könnte an der verhältnismäßig geringen Entgeltstufe liegen, die der Tarifvertrag für diese Stellen vorsieht.)

Wie stellen Sie sicher, dass die Stadt ihrer Aufgabe als Schulträger schneller nachkommt, für die IT-Unterstützung der Schulen zu sorgen?

Ich habe als Sozialdezernentin initiiert, dass in jeder weiterführenden Schule ein IT-Support- Mitarbeiter vor Ort eingesetzt wird und dies auch für die Grundschulen sukzessive aufgebaut wird. Die Stadt hat bereits3 Schul-IT/ IT-Managementstellen besetzen können. Weitere 8 Stellen sind mit Bewerbungsschluss 10.08.21 ausgeschrieben worden. Es sind 16 Bewerbungen eingegangen, von denen 8 das Anforderungsprofil erfüllen. Das Auswahlverfahren läuft derzeit. Für das Jahr 2022 werden im Stellenplan weitere Stellen angemeldet und der Politik zur Entscheidung vorgelegt. Es hat auch eine Abfrage bei externen Dienstleistern gegeben. Diese haben allerdings keine Kapazitäten, täglich in den Schulen vor Ort sein zu können. Zudem werden die Schul-IT-Manager genauso wie die Schulsekretär*innen und Ganztagschulkoordinator*innen direkt der Schulverwaltung zugeordnet. Mein Ziel ist es auch weiterhin, den Bildungsbereich zu stärken. Deshalb habe ich im Rahmen einer Organisationsentwicklung gemeinsam mit den Mitarbeiter*innen eine Umstrukturierung vorgenommen, so dass der Schulbereich zu einem eigenen Bereich ausgebaut ist und hier ein Team „Digitalisierung“ angesiedelt wird.

Frage 4: Digitalisierung und IT-Koordination
Im Rahmen der Digitalisierung benötigen Schulen fachliche Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur. Landkreis und Stadt haben hierfür Stellen ausgeschrieben, die bisher aber nicht alle besetzt werden konnten. (Dies könnte an der verhältnismäßig geringen Entgeltstufe liegen, die der Tarifvertrag für diese Stellen vorsieht.)

Frage 5: Jederzeit kostenloser ÖPNV für Schüler für Bildungsgerechtigkeit und Klimaschutz

Klimaschutz ist eine der wichtigsten Aufgaben von Politik und Wirtschaft. Ein funktionierender, gern angenommener ÖPNV anstelle von Individualverkehr ist hierfür ein wichtiger Baustein; gute Erfahrungen mit dem ÖPNV schon in jungen Jahren sind ein wichtiger Teil der Verkehrserziehung. Dafür ist es wichtig, dass Schüler diesen gut, kostenlos und beliebig oft nutzen können, um Bildungsangebote - auch außerschulische - nutzen zu können oder um sich in Lerngruppen treffen zu können. Und das unabhängig von Alter und Schulform, unabhängig von Wohnort, Zeiten, Strecken und Tarifzonen!

*Wie stehen Sie zur Forderung der Eltern, eine solche kostenfreie Beförderung für alle Schüler*innen bis zum Ende der Schullaufbahn noch im Schuljahr 21/ 22 zu ermöglichen?*

Ich kann die Forderung der Eltern nachvollziehen und setze mich sowohl gegenüber dem Landkreis als auch gegenüber der Bundesregierung dafür ein, dass der ÖPNV langfristig kostenfrei, mindestens aber deutlich kostengünstiger für ALLE wird. Schüler*innen, Student*innen, aber auch beeinträchtigte Menschen sollen aus meiner Sicht die erste Gruppe sein, für die der ÖPNV kostenfrei wird. Hierzu bedarf es der Abstimmung mit dem Landkreis, der für den ÖPNV zuständig ist und vor allem auch einer Abstimmung mit dem HVV, in dessen Verbund wir gehören und deshalb an das Tarifsystem gebunden sind. Eine Umsetzung noch in 2021 ist von daher nicht realistisch. Es sind hierfür zudem keine Haushaltsmittel eingestellt. Aus meiner Sicht ist, um Klimaschutz durch nachhaltige Mobilität in den Kommunen sicherstellen zu können, der Bund gefordert, die Kommunen finanziell so auszustatten, dass der ÖPNV zumindest für die o.g. Personengruppen kostenfrei sein kann. Sollte diese Anforderung allein in kommunaler (Finanzierungs-)verantwortung bleiben, werden wir gemeinsam in den Ausschüssen und im Rat erörtern müssen, welche Maßnahmen aus dem Bereich Bildung, Mobilität, Digitalisierung prioritär angegangen werden sollen. Hierbei hoffe ich auch auf die Impulse von Ihnen als Stadtelternrat im Schulausschuss.

Frage 6: Digitalisierung und IT-Koordination
Im Rahmen der Digitalisierung benötigen Schulen fachliche Unterstützung bei der Betreuung der IT-Infrastruktur. Landkreis und Stadt haben hierfür Stellen ausgeschrieben, die bisher aber nicht alle besetzt werden konnten. (Dies könnte an der verhältnismäßig geringen Entgeltstufe liegen, die der Tarifvertrag für diese Stellen vorsieht.)

Frage 7: Bauliche Herausforderungen/Sanierungsstau

Die letzten Jahre war der Schulbau geprägt vom Anknäpfen gegen den langjährigen Sanierungsstau. Falsch dimensionierte Neubauten aufgrund eines fehlenden Immobilienkonzeptes für den Schulbau und keine nachhaltige Vermögenserhaltung aufgrund eines fehlenden Unterhaltungskonzeptes in der Gebäudebewirtschaftung führen zu erhöhtem Ressourcenverbrauch und Belastungen des städtischen Haushalts. Im Bereich der Inklusion wurde nur die Barrierefreiheit als notwendig angesehen, neuartige Raumaufteilungen und Unterrichtsformen spielten dabei nur eine Nebenrolle. Nachhaltige Schulentwicklungskonzepte sind nicht erkennbar.

Unter welchen Prämissen wird unter ihrer Leitung die strategische Immobilienentwicklung im Bereich des Schulbaus erfolgen (Investitionsstrategie) und welche Leitlinien werden Sie der Verwaltung bei der nachhaltigen Sicherung und Bewirtschaftung (konsumtive Haushaltsbelastung) der Schulgebäude vorgeben?

Ihre Fragestellung geht von einer Annahme aus, die so nicht stehen bleiben kann. Ich lade Sie herzlich ein, gemeinsam mit mir, der Stadtbaurätin, den Fachbereichsleitungen und Bereichsleitungen aus dem Bau- und dem Sozialdezernat diese Kritik persönlich zu erörtern. Genau das ist die erste Prämisse meines Handelns: konstruktive und ehrliche Kritik miteinander zu erörtern und meinen Mitarbeiter*innen und Kolleg*innen die Möglichkeit zu geben, sich dazu zu äußern und sich mit Ihnen auszutauschen. Allein mit dem Bildungsfonds I und II wird in den Jahren 2015 – 2025 ein Volumen von 85 Mio. € für die energetische Sanierung, bedarfsgerechte Erweiterung und für Ganztagsangebote umgesetzt. Die Schulen sind bedarfsgerecht nach schulpolitischen Vorgaben (Wiedereinführung 13. Jahrgang, Ganztagschulen) und nach der Schulentwicklungsplanung zeitgerecht erweitert worden bzw. durch Änderung der Schulbezirksatzung ist für eine passendere Verteilung der Grundschüler auf die Grundschulen nach ihrer Zügigkeit erfolgt. Übergangslösungen mit Containern lassen sich dabei nicht verhindern. Für mich ist nicht erkennbar, wo falsch dimensionierte Neubauten entstanden sein sollen und bitte an dieser Stelle um Konkretisierung, auch dies gern im gemeinsamen Gespräch. Als Oberbürgermeisterin werde ich ein Team Schulbauten, bestehend aus Mitarbeiter*innen aus dem Bau-, Sozialdezernat und der Kämmerei, beauftragen, gemeinsam mit dem Forum Baukultur, der Landesschulbehörde, Eltern-, Schüler*innen- und Lehrer*innenvertretung die Entwicklung der Schulen darzustellen und gemeinsam Lösungen zu entwickeln. Meine Aufgabe wird es zudem sein, beim Land weiterhin für ein Investitionsprogramm zu kämpfen, um die Schulen weiterhin fit für die Zukunft zu machen.

PIA STEINRÜCKE

Frage 2: Infektionsschutz an Schulen

Die Schulen sollen wieder im Präsenzunterricht öffnen. Als Ungeimpfte sind Kinder besonders gefährdet, eine vierte Corona-Welle gilt es zu verhindern. Dabei können gem. Erkenntnissen der experimentellen Wissenschaft während des Unterrichts mobile Luftfilter gegen indirekte Infektionen und Plexiglas-Trennwände mit umlaufender Kante gegen direkte Infektionen schützen. Der Einsatz mobiler Raumluftfilteranlagen wird nun auch vom Land Niedersachsen als geeignetes Mittel zur Pandemie-Eindämmung an Schulen gesehen. Im Landkreis gibt es mittlerweile ein zaghaftes Pilotprojekt. Derweil versteckt sich die Verwaltung der Hansestadt Lüneburg hinter der noch ausstehenden Förderrichtlinie des Landes Niedersachsen.

Mit wie viel Nachdruck werden Sie sich für schnellen und flächendeckenden Infektionsschutz durch mobile Luftfiltergeräte in Kombination mit Plexiglas- Trennwänden mit umlaufender Kante einsetzen?

Als Oberbürgermeisterin werde ich mich wie bisher in enger Abstimmung mit den Schulen dafür einsetzen, dass der Schulbetrieb sicher durchgeführt werden kann. Die Stadt arbeitet bereits jetzt eng und gut mit den Schulen in der Trägerschaft der Hansestadt Lüneburg zusammen, um das Infektionsrisiko in den Schulen so gering wie möglich zu halten. Ich gehe davon aus, dass Ihnen als stimmberechtigtes Mitglied im Schulausschuss bekannt ist, dass bereits Anfang 2021 die Schulen nach erfolgter Bedarfsabfrage mit CO2-Ampeln und Spuckschutzwänden ausgestattet worden sind. Anfang Juli sind alle Schulen (insgesamt 19) mit jeweils einem mobilen Luftfiltergerät ausgestattet worden, um erst einmal Erfahrungen damit im Schulbetrieb zu sammeln, da diese aufgrund des Geräuschpegels und des Luftstromverhaltens ggf. auch als störend empfunden werden würden. Es hat zudem eine Bedarfsabfrage bei den Schulen gegeben, wie viele Luftfilteranlagen benötigt werden. Auf der Grundlage der nun endlich vorliegenden Vorabveröffentlichung der „Förderrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von technischen Maßnahmen zum infektionsschutzgerechten Lüften an Schulen“ und der Befragung der Schulen, werden nun noch rund 70 weitere Geräte beschafft. Über Ihre Form der Fragestellung, die Stadt verstecke sich hinter der Förderrichtlinie bin ich etwas verwundert. Als die Förderbedingungen noch nicht bekannt waren, wäre die Stadt Gefahr gelaufen, Geräte zu bestellen, die nicht förderfähig sind oder die nachher nicht zum Einsatz kommen, weil sie sich doch als zu störend auf den Unterricht auswirken. Beides wäre unter der Prämisse, dass Kommunen zu wirtschaftlichem Handeln verpflichtet sind und unter Nachhaltigkeitsaspekten nicht zu vertreten gewesen. Auch dies ist Ihnen als Mitglied des Schulausschusses sicher bekannt. Neben diversen Fördervoraussetzungen mit technischen Anforderungen kommen mobile oder stationäre Luftreinigungsgeräte für den Einsatz in Klassenräumen und sonstigen Unterrichtsräumen mit eingeschränkter Lüftungsmöglichkeit ,z.B. Fenster nur kippar oder Lüftungsklappen mit minimalen Querschnitt und keine raumlufttechnische Anlage mit Frischluftzufuhr zum Einsatz. Die Schulen wurden aufgefordert, der Stadt Räume zu benennen, die aus ihrer Sicht keine ausreichende Belüftung ermöglichen. Dies haben die Schulen auch getan und für diese Räume sollen dann auch, wenn die Voraussetzungen der Förderrichtlinie erfüllt sind, mobile Luftfiltergeräte bestellt werden (s.o.) Festzuhalten ist, dass mit Luftfiltergeräten trotzdem regelmäßig gelüftet werden muss. Diese Geräte können das Fensterlüften nur ergänzen, aber nicht ersetzen.

Frage 4: Inklusion und Förderschule

Ein großes Ziel heißt: Inklusion an allen Schulen. Gleichzeitig ist der Bedarf für reine Förderschulen weiterhin gegeben. In der Stadt Lüneburg existieren zwei Förderschulen, davon ist mit der Johannes-Rabeler-Schule eine in städtischer Trägerschaft. Die Nachfrage nach Plätzen an dieser Förderschule sowohl aus dem Stadtgebiet als auch dem Landkreis ist weiterhin hoch; der Erhalt aber bisher nur bis 2028 gesichert.

Wie würden Sie sich für die notwendige personelle und materielle Ausstattung der Johannes-Rabeler-Schule entsprechend des Bedarfes in Stadt und Landkreis Lüneburg bis 2028 und, falls nötig, darüber hinaus einsetzen? Und: Wie lautet Ihr langfristiger Plan, die Inklusion an allen städtischen Schulen umzusetzen?

Das Land hat den Kommunen ermöglicht, die Förderschulen Lernen bis 2028 fortzuführen bei letztmaliger Aufnahme von Schüler*innen in 2022. Es gibt einen Ratsbeschluss der Hansestadt Lüneburg, der die Fortführung der Förderschule Lernen, der Johannes-Rabeler- Schule, in diesem Rahmen beschlossen hat und zusätzlich beschlossen hat, auch Kinder aus dem Landkreis Lüneburg aufzunehmen. Als Oberbürgermeisterin werde ich diesen Beschluss genauso umsetzen wie ich es jetzt bereits als Bildungsdezernentin mache. Für die personelle Ausstattung ist das Land zuständig. Die räumliche und sächliche Ausstattung erfolgt über den Schulträger der Hansestadt Lüneburg.

Sollte die Landesregierung eine Fortführung der Förderschulen Lernen auch über das Jahr 2028 beschließen und damit ermöglichen, dass die Johannes-Rabeler-Schule für Kinder mit einer Lernbehinderung erhalten bleibt, werde ich als Oberbürgermeisterin mit dem Bildungsdezernat die Förderschule in städtischer Trägerschaft erhalten und sächlich und räumlich entsprechend ausstatten, solange der Bedarf gegeben ist. Gleichzeitig werde ich mich aber mit voller Kraft, Herzblut und Überzeugung dafür einsetzen, dass die Inklusion als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und als Querschnitts-thema in allen Lebensbereichen gelingt. Inklusion ist für mich eine gesellschaftspolitische Aufgabe, die es gesamtgesellschaftlich umzusetzen gilt. Es geht nicht allein um die inklusive Beschulung von Kindern mit und ohne Behinderung. Es geht darum, allen gleiche Chancen zur Teilhabe zu ermöglichen und die Bedingungen so zu gestalten und zu verändern, dass dies möglich ist. Deshalb ist es mir besonders wichtig, weiter daran zu zituzwirken, dass diese Haltung Teil unserer Kultur und unseres Zusammenlebens ist.

Im Schulbereich, der geprägt ist von einem hohen Leistungsdruck bei Schüler*innen, aber auch bei Eltern, ist das Thema Inklusion komplex. Wie kann es gelingen, dass die schwächeren oder beeinträchtigten Kinder teilhaben können, sich dazugehörig fühlen, sich gleichwertig fühlen und wie kann es gleichzeitig gelingen, dass Eltern von lernstarken Kindern keine Sorge haben müssen, dass diese nicht genug Förderung bekommen, weil alle „Kraft“ aufgewendet wird, um Inklusion zu erreichen? Ich gehe grundsätzlich davon aus, dass dies gelingen kann. Dafür braucht es im Bildungsbereich (Kita und Schule) jedoch gute und bessere räumliche, personelle und konzeptionelle Voraussetzungen. Die personelle Ausstattung von Schulen liegt in der Verantwortung des Landes. Von dort ist bekannt, dass es an Förderschullehrkräften fehlt, die in den Regelschulen eingesetzt werden können.

Als Schulträger werde ich neue bzw. erweiterte Raumprogramme gemeinsam mit den Schulen und dem Landkreis abstimmen, die inklusive, differenzierte und Ganztagsbeschulung ermöglichen. Die Vorbereitungen laufen dazu gerade bereits in der Schulverwaltung. Konzeptionell werde ich mich auf Landesebene dafür einsetzen, dass die Verzahnung von Jugendhilfe und Schule stärker fokussiert wird und bei der Lehrer*innenfortbildung ein stärkeres Augenmerk auf den Umgang mit benachteiligten oder beeinträchtigten Kindern gelegt wird. Konkret bedeutet das, dass Angebote der teilstationären Hilfe zur Erziehung wie Tagesgruppe oder Soziale Gruppenarbeit in Schule integriert werden, dass multiprofessionelle Teams von Sozialarbeiter*innen, Lehrer*innen, Sonderpädagoge*innen etc. den Schullaftag für und mit den Kindern gestalten. Trotz aller Bemühungen zur inklusiven Beschulung bin ich davon überzeugt, dass insbesondere für Kinder mit schwerst Mehrfachbehinderungen und für Kinder mit emotional- sozialen Auffälligkeiten auch weiterhin eine Beschulung in einer Förderschule der für sie bessere Weg ist. Deshalb setze ich mich dafür ein, dass diese Formen der Förderschulen langfristig erhalten bleiben.

Frage 6: Verantwortungsdiffusion

Beschwerden der Eltern bei den Elternräten drehen sich immer wieder darum, dass sich Angesprochene im Schulwesen und bei Schulthemen gegenseitig den Schwarzen Peter zuschieben, sei es bei Digitalisierung, Sanierung oder Pandemieschutz : Schulen, den Schulträgern, die Stadt dem Land, das Sozialdezernat dem Baumat. Es zeigt sich der Wunsch nach strafferen Verantwortungsabläufen und klaren Verantwortlichkeiten für alle Belange im wichtigen Bildungsbereich.

Wie lautet ihr Plan, die Verwaltung dahingehend besser aufzustellen?

Auch hier wundert mich die Suggestion Ihrer Frage.

Die Schulverwaltung stimmt sich eng hinsichtlich der Umsetzung baulicher Maßnahmen sowie mit dem EDV-Bereich bezüglich der Digitalisierung ab. Die Steuerung der Kommunikation mit den Schulen und Elternräten erfolgt über die Schulverwaltung. Die Verantwortlichkeiten in der Verwaltung sind klar geregelt. In den Bereichen, in denen die Stadt von Vorgaben und Förderungen des Landes abhängig ist, kann sie nur im Rahmen dieser Vorgaben agieren. In der Regel hakt es an den Schnittstellen zwischen Land und Kommune. Ich habe in den vergangenen Jahren das Sozialdezernat neu aufgestellt und umstrukturiert, um neben straffen Verwaltungsabläufen vor allem im Sinne einer hohen Fachlichkeit und Beteiligungsorientierung die anstehenden Themen bewältigen zu können. Als Oberbürgermeisterin werde ich die Verwaltung als moderne, digitale und beteiligungsorientierte Dienstleistung für die Menschen in der Stadt aufstellen. Als systemisch ausgebildete Sozialmanagerin weiß ich, wie agile und Verwaltungsstrukturen so kombiniert werden können, dass Verwaltung nicht ein „geschlossenes Buch mit sieben Siegeln“, sondern eine offene, transparente Verwaltung ist, die auch schnell auf neue Herausforderungen reagieren kann. Im Hinblick auf die Kooperation und Kommunikation mit Eltern werde ich auch weiterhin Sie als Schulleiternat in Arbeitsgruppen, interfraktionell oder fachbezogen, einbinden, damit der Informationsfluss zwischen Elternschaft, Politik und Verwaltung sichergestellt ist und die Perspektive der Eltern in Entscheidungen einfließen kann.

Gerade in Zeiten von Corona ist mir deutlich geworden, dass die Informationen über die Gremien der Elternvertretung nicht immer bei allen Eltern ankommen. Dies ist nachvollziehbar aufgrund der enormen Belastung, der vor allem Familien und Eltern in der Coronazeit ausgesetzt waren. Wir haben deshalb im Schulausschuss den regelmäßigen Tagesordnungspunkt Corona eingeführt, damit Sie als Schulleiternat diese Informationen an die Eltern der Schüler*innen in der Hansestadt weiterleiten können.

Ich habe auch bereits mit dem Ausschussvorsitzenden abgestimmt, dass zukünftig zudem ein regelmäßiger Tagesordnungspunkt für Sie als Stadtelternrat vorgehalten wird . Darüber hinaus wird die Schulverwaltung zukünftig an allen Schulvorstandssitzungen in den Schulen teilnehmen, um dort vor Ort zu informieren und sich auszutauschen. Dies war bisher aufgrund der nicht ausreichenden personellen Ausstattung nicht möglich. Da der Schulbereich nun ausgebaut wurde, kann dies zukünftig sichergestellt werden.

Noch eine letzte Bemerkung: ich habe in meiner Nachbarschaft und meinem Bekanntenkreis viele Eltern mit schulpflichtigen Kindern. Niemandem dieser Eltern ist bekannt, was die Aufgaben des Schulleiternates ist und welche Personen dort tätig sind. Auch diese Umfrage kannte zumindest in meinem Umfeld Niemand. Von daher biete ich Ihnen zukünftig an, auf einer neuen digitalen Plattform, die über Themen rund um Bildung in der Hansestadt Lüneburg informiert, auch die Informationen zu Ihren Tätigkeiten zu hinterlegen, damit alle Eltern in Lüneburg die Möglichkeit haben, sich zu diesen essentiell wichtigen Themen zu informieren und sich einzubringen.

Frage 8: Freizeit- und Kulturangebote

School’s out: Als Stadtelternrat interessieren wir uns natürlich auch dafür, dass unsere Kinder nach der Schule ausreichend Freizeit- und Kulturangebote bekommen. Hier hat sich Lüneburg in den vergangenen Jahren zurückentwickelt. Das Gebäude des Jugendzentrums soll zugunsten exklusiven Wohnraums verkauft werden, die letzte Diskothek Lüneburgs hat 2020 geschlossen, feiernde Jugendliche sind mit vielen Verboten und Einschränkungen konfrontiert.

Wie machen Sie Lüneburg wieder jugendfreundlicher?

Auch hier verwundert Ihre suggestive Fragestellung. Das Jugendzentrum Stadtmitte wird zum 01.12.21 umziehen in die Räumlichkeiten von A&A über dem Salon Hansen. In den Räumlichkeiten des jetzigen Jugendzentrums entsteht ein social impact lab, ein Gründerzentrum für junge nachhaltige Ideen und ein Treffpunkt für junge Menschen. Gleich nebenan befindet sich das mosaïque, das Haus der Kulturen, ein wichtiger Partner und Ort für soziale und kulturelle Vielfalt in unserer Stadt. Die Aussage, dass an der Stelle des Jugendzentrums exklusiver Wohnraum entsteht, ist falsch! Die Betreiberin des Mosaïque bietet im 1. OG des Hauses günstigen Wohnraum, vor allem für Geflüchtete an und organisiert gemeinsam mit zahlreichen Ehrenamtlichen Unterstützung zur Integration und Teilhabe. Für Jugendverbandsarbeit gibt es in der Innenstadt das Cafe Finke und den Stadtjugendingr, der in der Wandfärberstraße in neue Räumlichkeiten eingezogen ist, die vollumfänglich von der Hansestadt finanziert werden. Im Salon Hansen werden darüber hinaus jugendkulturelle Angebote gemacht, z.B. Workshops für DJs etc. Das Konzept der Jugendarbeit und Partizipation der Hansestadt Lüneburg setzt neben dem zentralen Punkt Innenstadt auf dezentrale Angebote in den Stadtteilen. So gibt es in jedem Stadtteilhaus Angebote für Jugendliche. Es gibt eine Verzahnung der Jugendpflege mit den Schulen, um Angebote für Jugendliche in Schule zu installieren. In den Stadtteilen Oedeme, Kaltenmoor und in der Goseburg gibt es zudem Jugendzentren und Jugendtreffs. Das Projekt 1000 Steine, bei dem jugendbambs kostenfrei spielen, proben und rocken können, wird von der Hansestadt unterstützt und ist ein weiterer wichtiger Treffpunkt für junge Menschen. Das Budget im Sozialdezernat für die Jugendarbeit ist in den vergangenen 5 Jahren verdoppelt worden. Auch das Personal ist ausgebaut worden. „Die Jugendlichen“ sind keine homogene Gruppe. Nicht alle Jugendlichen wollen in eine betreute Einrichtung wie in ein Jugendzentrum gehen, sondern sich im Freien mit Freund*innen treffen und auch Alkohol konsumieren. Letzteres ist in Einrichtungen der Jugendpflege gemäß des Kinder- und Jugendhilfegesetzes nicht erlaubt. Für diese jungen Menschen braucht es die Möglichkeit, sich im Freien, z.B. an der Stintbrücke oder am Kreidebergsee oder in einem Park aufzuhalten. Im Alkoholekzesse, die es an diesen Orten gegeben hat, zu vermeiden, bedarf es mehr Präsenz durch Ordnungsamt, aufsuchender Jugendarbeit und Quartiersmanagement. Im Dialog miteinander, auch mit den Anwohner*innen bin ich sicher, dass der Raum für alle nutzbar und erlebbar sein kann. Eine Entlastung würde in der Tat eine Diskothek schaffen. Diese können wir als Stadt nicht betreiben. Es gibt aber mittlerweile Betreiber, die z.B. in der Goseburg Events und Diskobetrieb planen. Der Beach wird als ein Angebot von jung und alt gut angenommen und hat bereits für Entlastung gesorgt. Außerdem sporniert der Erfolg und die unkomplizierte und schnelle Umsetzung, die dort möglich war, andere an, einen Club, eine Diskothek oder Ähnliches zu etablieren. Von daher werde ich genauso als Oberbürgermeisterin agieren- gemeinsam Lösungen finden und „einfach machen“.